

9 – Wer denkt, man sei eine Verwaltung, will nicht gestalten

[29.06.2020] Verwaltungen sollten sich darum bemühen, aktiv zu gestalten, schreibt Autor Dominic Multerer. Dabei geht es auch darum, Bürger und Wirtschaft als Partner anzuerkennen.

Gestaltung anstatt Verwaltung. Das sollte laut Dominic Multerer der neue Grundsatz für Kommunen sein. Denn gestalten sei das beste Mittel, um nicht zu schrumpfen. Dafür müsse sich allerdings das Mindset innerhalb der Verwaltung und der kommunalen Politik verändern. Zwar werde offiziell an die Eigenverantwortlichkeit des Bürgers appelliert, aber innerhalb des öffentlichen Apparats scheine das nicht überall angekommen zu sein. Dabei ist die Öffentlichkeit schon bereit dazu, wie Bürgerbeteiligungen zeigen, erklärt der Autor. Der Bürger wolle mitdenken, -reden und -gestalten. Nun sei es auch an der Zeit für Verwaltungen, sich dem zu öffnen und ihre Mitarbeiter ebenso gestalterisch an Prozessen mitwirken zu lassen.

Das Argument, man würde gerne neue Wege gehen, aber es fehlten die Mittel, sei nur ein Vorwand. In etlichen Kommunen würden weder Bürger noch die Wirtschaft als Partner angesehen. Dabei würden durch die Einbindung der vielen Stakeholder unzählige neue Ideen für mehr Zukunftsorientierung entstehen. Beim Finden von Lösungen gehe es um das Ausloten von Handlungsmöglichkeiten, Kompromissen und das Erzielen von Konsens, was sich am Ende durch die Zufriedenheit aller auszahle. Ein Gemeinschaftsgefühl entstehe – und nicht ein „wir und die anderen“.

Das wirtschaftliche, öffentliche und private Leben wird sich stetig weiterentwickeln. Um das geordnet zu lenken, seien Rahmenbedingungen notwendig. Hier könnten Kommunen kreativ werden und sich dabei praxis- und lebensnah an den Bedürfnissen der unterschiedlichsten Zielgruppen orientieren. Arbeitskreise, Bürgerbeteiligungen oder Hearings seien Tools, die dafür eingesetzt werden können. Kommunen, die das verstehen, bleiben lebendig, schreibt Multerer. Allen anderen würden ihre Stakeholder nach und nach den Rücken kehren. Das könne weitreichende Folgen wie beispielsweise Abwanderung haben. Es müsse also im Interesse von Städten und Gemeinden liegen, unternehmerisch zu denken und zu gestalten, statt zu verwalten.

(co)

Zum YouTube-Video „Gebot 9: Wer denkt, man sei eine Verwaltung, will nicht gestalten“